

Die Sozialdemokratie in zwölfter Stunde.

„Die Spaltung der Parteiorganisation dürfte sich in sehr kurzer Zeit auf ganz Preußen ausdehnen.“ So schreibt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ in ihrer Nummer von gestern in einer Betrachtung über die Amtsenthebung des sozialdemokratischen Vorstandes für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Das auf dem rechten Flügel der Partei stehende Blatt begründete diese Ankündigung durch folgende Mitteilungen:

„Am kommenden Sonntag, den 25. Juni, findet die Generalversammlung von Großberlin statt. Wie nach den bisherigen Berliner Vorgängen mit aller Sicherheit anzunehmen ist, wird die in diesen Spartakusbrieffen niedergelegte Anschauung dort mit großer Mehrheit gebilligt werden. Der bisherige Großberliner Zentralvorstand Eugen Ernst, Böske und Fischer, alte, schon unter dem Sozialistengesetz erprobte Genossen, werden auf die Straße gesetzt oder, wie Spartakus sagt, „aus ihren Ämtern schimpflich verjagt werden“. Ein neuer Zentralvorstand für Großberlin wird aus den Reihen der äußersten linken Opposition gewählt werden. Der Zentralvorstand für Großberlin ist zugleich der geschäftsführende Ausschuss der Landesorganisation für Preußen. Die Landeskommision für Preußen hat wiederholt, zuletzt durch Beschluß vom 15. Januar 1916, die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion gebilligt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit den Entscheidungen der Generalversammlung für Großberlin der Organisationskonflikt, der jetzt in Teltow-Beeskow besteht, auf ganz Berlin und ganz Preußen ausgedehnt werden wird. Die planmäßig an der Parteisplaltung gearbeitet haben, werden sie dort bald auf der ganzen Linie erreicht haben.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ rechnet also damit, daß es in Zukunft zwei proletarische Parteien geben wird, „die sich ebenso erbittert im Bruderkampf zerfleischen werden, wie einst von 1866 bis 1875 Kallseaner und Eisenacher“. „In der 12. Stunde, die jetzt begonnen hat“, macht die „Chemnitzer Volksstimme“ aber noch „den Versuch, die Parteeinheit wenigstens in Sachsen zu erhalten“. Sie schreibt:

„Die sächsische Landesorganisation hat sich einstimmig gegen Abhaltung eines Kriegsparteitages ausgesprochen. Die logische Folge dieser Entscheidung ist, daß auch alle anderen erdgültigen Beschlüsse, welche die Partei festlegen könnten, zu unterbleiben haben. Unbeschadet der Stellungnahme der einzelnen Wahlkreise zu den schwebenden Fragen sind deshalb alle Funktionäre im Amte zu lassen und nur die notwendigen Ergänzungen bei Einberufung, Todesfällen und dergleichen vorzunehmen. Die Abrechnung über die Kriegszeit erfolgt dann später nach Aushebung des Belagerungszustandes. Bis dahin haben die Parteigenossen ihre Parteipflichten zu erfüllen, insbesondere ihre Beiträge an die ordentlichen Instanzen abzuführen, die Parteipresse zu unterstützen und Sonderorganisationen wie Neugründungen von Zeitungen zu unterlassen. Durch Annahme dieser Grundsätze könnte der Parteefrieden in Sachsen über den Krieg hinaus gerettet werden. Da von Bayern und Baden das gleiche zu erwarten wäre, bliebe ein Kern der Parteeinheit erhalten, von dem aus später mit Aussicht auf Erfolg an der Wiedervereinigung der Gesamtpartei gearbeitet werden könnte. Kann ein solcher Beschluß nicht zustande gebracht werden, dann könnten die Dinge in Sachsen denselben Lauf nehmen wie in Preußen, wenn auch glücklicherweise der Wille, die Parteeinheit unter allen Umständen zu erhalten, bei uns stärker ist als in Berlin.“

In Berlin haben gestern Generalversammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine stattgefunden. Der „Vorwärts“ berichtet über ihren Verlauf im ersten, dritten, fünften und sechsten Wahlkreis. In diesen vier Berliner Wahlkreisen wurden Beschlüsse gefaßt auf Abfügung des bisherigen Vorstandes für Groß-Berlin. Da die beiden Vorortwahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg und Niederbarnim, die mit den sechs Berliner Wahlkreisen den Verband Groß-Berlin bilden, gleichfalls in hartem Gegensatz zur Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen, muß mit aller Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß der Vorstand für Groß-Berlin (Eugen Ernst, Vorsitzender, Böske, Kaffeterer, und Theodor Fischer, Verbandssekretär) nicht wiedergewählt, sondern durch Adolf Hoffmann, Herbst und Weise ersetzt werden. Der Landtagsabgeordnete Stadtv. Adolf Hoffmann wird also künftig der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei für ganz Preußen sein. Diese Wahl muß, darüber kann kein Zweifel sein, die Spaltung der Partei wenigstens für Preußen bedeuten. Denn Adolf Hoffmann gehört zu den deutschen „Zimmerwaldbern“, d. h. mit dem Abg. Ledebour zu den Teilnehmern der internationalen Sozialistenkonferenz, die unter Ausschließung der offiziellen deutschen sozialdemokratischen Partei im vorjahren Herbst in Zimmerwald abgehalten hat.

In dem vom Landtagsabgeordneten Kollb geleiteten „Volksfreund“ wird mit Recht hervorgehoben, daß die Berliner Opposition dem „Vorwärts“ längst über den Kopf gewachsen ist:

„In ihr dominieren nicht mehr die Leute von der sanfteren Tonart, die trotz aller Kritik schließlich und endlich die Parteeinheit doch erhalten wollen, sondern jene andere, für die Haase, Kautsky, Wurm usw. elende Schlappschwänze und schwankende Schwächlinge sind. Es ist nicht die von der Mehrheit der „Vorwärts“-Redaktion, sondern die von der Minderheit, aber trotzdem im Amte verbliebenen „Vorwärts“-Redakteur Meyer vertretene Richtung, die in Teltow-Beeskow ihren kurzlebigen Triumph gefeiert hat. Damit gewinnt man auch einen tieferen Einblick in die Hintergründe des „Vorwärts“-Konflikts. Während die Redaktion des „Vorwärts“ ständig erklärte, sie trete für die Erhaltung der Parteeinheit ein und verwerfe das Sprengmittel der Beitragsperre, stellte sich heraus, daß der Redakteur Meyer „in seiner freien Zeit“ — wie seine Verteidiger sagen — eine rührige Propaganda gegen die Parteeinheit und für die Beitragsperre betrieb.“

Die vom Parteivorstand ausgesprochene Kündigung des Redakteurs Meyer wurde aber von „Vorwärts“-Redaktion und Presse-Kommission als „Gewalttat“ hingestellt. „Daß durch dieses Verhalten der Redaktion und der Presse-Kommission die Propaganda für die Beitragsperre, die, um es nochmals zu sagen, vom „Vorwärts“ offiziell bekämpft wird, zu weiteren Vorstößen ermutigt werden mußte, liegt auf der Hand.“

Ausschlussantrag gegen Wolfgang Heine. In einer Vorstandskonferenz des sozialdemokratischen Vereins für Dessau-Zerbst, im Reichstag vertreten durch Wolfgang Heine, wurde nach der

„Chemn. Volksstimme“ mitgeteilt, daß im 6. Berliner Wahlkreis ein Verfahren auf Ausschluß aus der Partei gegen Wolfgang Heine betrieben wird. Alle Redner erklärten, ein solches Vorgehen nicht ernst nehmen zu können.

Der „Vorwärts“ unter Parteizensur. Die Redaktion des „Vorwärts“, des „Zentralorgans“ der sozialdemokratischen Partei, führt Klage über Vergewaltigung durch den Parteivorstand. Sie führt Beispiele an, wie Hermann Müller, Otto Braun und Richard Fischer als Zensoren im „Vorwärts“ wirkten. Sie hält sich „verpflichtet, den Parteigenossen im Reich von dem Vorgehen des Parteivorstandes Kenntnis zu geben“. Die „Premer Bürgerzeitg.“ verbreitet diese Klage der „Vorwärts“-Redaktion weiter.

Lebebour gegen Scheidemann. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Scheidemann hat am Dienstag in Breslau gesprochen. Er sagte nach der „Volksw.“ u. a., daß er im vorigen Jahre nach der Eingabe von sechs großen Wirtschaftsverbänden, die große Vandalenwerbungen forderten, mit einigen Parteifreunden beim Reichskanzler gewesen sei:

„Wir hatten die Genehmigung, aus dem Munde des Reichskanzlers zu hören, daß er mit diesen Eroberungsplänen nicht das geringste gemein habe, daß er sie weit von sich wies, daß er diese und alle Pläne ähnlicher Art auf das entschiedenste mißbilligt!“

Als Scheidemann geendet hatte, tauchte plötzlich Abg. Ledebour auf und verlangte das Wort. Der Vorsitzende Löbe erklärte: „Genosse Ledebour ist ohne unsere Kenntnis plötzlich hier erschienen. Hätte er wenigstens die Vorsicht geübt, sein Erscheinen uns anzukündigen, dann hätte uns das vielleicht nicht besonders gestreut, weil wir die Genossen Breslaus einig erhalten wollen, aber wir hätten vielleicht anders uns einrichten können.“ — Abg. Ledebour richtete dann heftige Vorwürfe gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Scheidemann erwiderte ihm, er habe es vermieden, auf den Parteistreit einzugehen. Ledebour habe früher geäußert, wenn die Russen an 'er Ober stehen, dann dürfen wir die Kredite bewilligen. Wir warten aber nicht erst ab, bis die Russen an der Oder stehen, wir haben genug von Ostpreußen. Ledebour sage, der einzelne muß kämpfen, aber Geld bewilligen, das darf er nicht. Als ich das das erstmal hörte, trat ein einfacher Arbeiter einem redenden Akademiker gegenüber und sagte: Mein Sohn steht im Felde, mein Fleisch und Blut soll ich opfern, aber nicht mein Geld. Der Abg. Ledebour sage weiter, worüber allen Feinden der Arbeiter das Herz im Leibe lachen muß: Die Helfershelfer von Bethmann, das sind die Bewilliger der Kriegskredite. So demunzierte Ledebour seine Genossen, mit denen er seit seinem 40. Lebensjahr zusammen gekämpft hat. Der Streikführer, der so handelte wie er, den jagten die Arbeiter zum Teufel.